

Heiner Geißler

Sozialstaatlichkeit und das europäische Gesellschaftsmodell

Vortrag

zum Symposium „Sozialstaat Österreich. Erneuerung statt Abbau“ anlässlich
„5 Jahre Volksbegehren Sozialstaat Österreich“
am 25. April 2007 im Wien Museum Karlsplatz

Abschrift und Lektorat: Anton H. Paschinger

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will versuchen, in einer relativ kurzen Zeit etwas zu dem Thema „Europäisches Gesellschaftsmodell und Sozialstaat“ zu sagen. Ich halte das Thema für richtig, weil all das, was gerade über Pflegearbeit, Pflegesicherung bis hin zur Medizin und zur Rente gesagt wurde, also das, womit sich die Sozialpolitiker Tag für Tag beschäftigen, natürlich entscheidend davon abhängig ist, wie in Gesamt-Europa, aber letztendlich auf der ganzen Welt, die sozialstaatliche Konzeption aussehen wird.

Wir befinden uns europäisch, aber auch global, mitten in einer fast existenziellen Auseinandersetzung um den richtigen Weg. Man kann an dem Beispiel des europäischen Gesellschaftsmodells sehr leicht aufzeigen, worum es eigentlich geht. Ein europäisches Gesellschaftsmodell, also da kann man lange darüber reden, die Zeit reicht nicht. Aber es gibt auf jeden Fall ein Modell, das funktioniert hat in Deutschland, aber auch in Österreich, nämlich das, was mißgünstige Leute den „rheinischen Kapitalismus“ genannt haben, oder was man richtigerweise die „soziale Marktwirtschaft“ nennt.

Die soziale Marktwirtschaft ist die erfolgreichste Wirtschafts- und Sozialphilosophie gewesen – ich sage ausdrücklich gewesen, weil sie nicht mehr existiert – , die die Wirtschaftsgeschichte überhaupt je gekannt hat. Und diese soziale Marktwirtschaft, daran müssen wir immer erinnern, hat ja ein geistiges, ethisches Fundament, deswegen hat sie überhaupt funktioniert. Nämlich ein Bündnis zwischen dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule, Walter Eucken, Wilhelm Röpke, später Alfred Müller-Armack, also dem Ordoliberalismus (nicht dem Neo-Liberalismus, wie die heutigen Liberalen dauernd meinen, von meinem Freund Friedrich Merz angefangen bis zu Guido Westerwelle, der nicht mein Freund ist, er ist aber auch nicht mein Gegner, ich hab eigentlich nie als Generalsekretär der CDU, als Mitglied der Bundesregierung unüberwindlichen Schwierigkeiten gehabt mit einer Koalition mit den Liberalen, aber ich war immer der Auffassung, man kann nicht alles übernehmen, was aus dieser Perspektive an Vorschlägen geäußert wird: wenn ich meinen Hund liebe, muß ich nicht auch seine

Flöhe lieben, trotzdem ja sagen zur Koalition, aber man kann nicht alles akzeptieren), also ein Bündnis des Ordoliberalismus mit der katholischen Soziallehre, mit der evangelischen Sozialethik, mit ethischen Forderungen der Arbeiterbewegung, was ja zum Großteil identisch gewesen ist: Und – ich überspringe jetzt vieles – diese soziale Marktwirtschaft hatte vor allem ein Kriterium, kannte ein Kriterium: nämlich den geordneten Wettbewerb. Eben nicht Catch-as-catch-can.

Ludwig Erhard wußte genau: Wenn es keinen geordneten Wettbewerb gibt, dann haben wir am Ende nur noch Oligopole und Monopole. Und genau dies ist der Trend, in dem wir uns heute befinden. Erhard war der Erfinder der Kartellgesetzgebung, des Bundeskartellamtes, der Fusionskontrolle. Diese findet heute so gut wie nicht mehr statt, wir haben eine ganz gegenteilige Entwicklung. Die Begründung liegt darin, und das ist die spannende, fast dramatische Situation, daß die Ökonomie globalisiert worden ist oder sich selber globalisiert hat, ein geordneter Wettbewerb aber – von wem denn sonst – garantiert werden muß von der Politik, vom Staat. Und in dem Moment, wo die Globalisierung sich in der Ökonomie entwickelt hat, entzog sich die Ökonomie dieser Ordnungsmacht des Staates, sie hat sich emanzipiert.

Plötzlich galten und gelten „Werte“ – in Anführungsstrichen – als absolut, die vorher eingebunden waren in diese Ordnung, nämlich die Dividende am Ende des Jahres, der Aktienkurs, der Börsenwert eines Unternehmens, als ausschließliches Kriterium für die Bewertung eines Unternehmens. „Shareholder Value“ nennt man diese Philosophie, die global an die Stelle der sozialen Marktwirtschaft getreten ist. Mit Exzessen in der Auswirkung, die wir alle kennen – ich will das gar nicht schildern –, jedenfalls mit einer Entwicklung, die diametral dem entgegenläuft, was damals auch die ökonomische und soziale Parole gewesen ist. Übrigens eine Parole, mit der die CDU, meine Partei, mehrere Bundestagswahlen mit absoluten Mehrheiten glatt gewonnen hat, nämlich: „Wohlstand für alle“! Das war der Titel eines Buches, das Ludwig Erhard geschrieben hat.

Stellen Sie sich einmal vor, in Berlin oder in Wien käme jemand auf die Idee und würde sagen, die nächste Nationalratswahl oder Bundestagswahl, die bestreiten wir mit dem Slogan „Wohlstand für alle“. Also ich sehe bei mir die Leute schon im Saal herumlaufen, die da den Kopf schütteln, die Wirtschaftsredakteure der großen Zeitungen, die sich vor Lachen auf die Schenkel hauen, und von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten einmal ganz abgesehen, wie man eine solche Utopie, einen solchen Unsinn noch verkünden könne.

Man kann aber an dem Beispiel erkennen, wie sich die Zeit verändert hat. Es wird offenbar nicht mehr als selbstverständlich angesehen, daß es Wohlstand für alle gibt. Man findet sich ab mit einer Zweidrittelgesellschaft oder höchstens Vierfünftelgesellschaft, und darin soll man sich einrichten, sogar Sozialdemokraten bei uns sprechen also von einem Unterschichtenmilieu, wo sich Leute befinden, ein paar Millionen, die gar nicht mehr die Fähigkeit, ja nicht einmal mehr den Willen haben, durchzustößen, aus diesem Milieu heraus nach oben zu kommen. Die sich offenbar selber eingemauert haben in eine Betondecke. Das ist die Situation.

Auf der anderen Seite müssen wir erkennen: In der fast geistesgeschichtlichen, aber jedenfalls wirtschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzung hat eben immer mehr das amerikanische Modell einen Siegeszug angetreten, ein Modell, das ganz anders ausgerichtet ist. Und wenn ich mir einmal diesen Globalisierungsprozeß ansehe, dann gibt es ja mehrere Reaktionen darauf. Die einen sagen, daran kann man nichts ändern, es sind die Marktgesetze, und letztendlich wird der Markt schon alles regulieren.

Hayek, Milton Friedman und viele andere haben das ja letztendlich wirtschaftswissenschaftlich behauptet. Der Markt sorgt für sich selber, für Gerechtigkeit. Andere wiederum, die sagen, ja wenn das so ist, dann muß man die Globalisierung wieder rückgängig machen. Aber das geht nicht.

Beides ist falsch. Der Markt schafft aus sich heraus keine Gerechtigkeit, sondern – ich wiederhole mich – er schafft das Gegenteil: Am Ende haben kleine und mittlere Unternehmen null Chance, weil alles monopolisiert wird. Also worum geht es? Die Menschen spüren genau, daß die Entwicklung über sie hinweg geht. Millionen von Menschen fühlen sich bedroht von der Armut und von der Arbeitslosigkeit, und die Sache wird dadurch verstärkt, daß es in Europa seit Lissabon eine Wende gegeben hat:

Man ist weggekommen von der Konzeption, daß wir auch in der Sozialpolitik mehr oder weniger zu einer Harmonisierung der nationalstaatlichen Sozialmodelle kommen müßten und hat stattdessen in Lissabon eine ganz andere Philosophie in Europa realisieren wollen, nämlich: Konkurrenz und Wettbewerb der einzelnen Sozialstaatsmodelle der europäischen Länder untereinander. Mit drei Zielen: dem aktivierenden Sozialstaat, wo erreicht werden soll, daß der arbeitslos gewordene Mensch im Grunde genommen auch durch Druck, auch finanziellen Druck gezwungen werden sollte, nahezu jeden Job anzunehmen, der ihm angeboten wird. Die Privatisierung als zweites Element. Und als drittes Element die Regulierung des Arbeitsmarktes. Wobei ein gedanklicher Sprung die Grundlage war für das Letzte, was ich gesagt habe, daß man nämlich den Arbeitsmarkt behandelt hat oder behandeln will wie den Kartoffelmarkt, eben wie den Gütermarkt, und dementsprechend ist auch die Politik gestaltet worden.

Wir haben führende Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland, der Prof. Sinn zum Beispiel vom ifo-Institut [für Wirtschaftsforschung], die genau dies zum Ausdruck bringen, indem sie sagen, wir müssen die Löhne senken und dann werden von selber neue Arbeitsplätze entstehen. Es ist der Ausfluß einer – so würd' ich sagen – Wirtschaftsideologie, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten in Deutschland aber auch in Österreich, und eben seit Lissabon in ganz Europa durchgesetzt hat, nämlich eine rein angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Man müsse nur den Unternehmen die Produktionsbedingungen möglichst leicht machen, dann schaffe das verbesserte Angebot sich selber die Nachfrage.

Dies ist einer der größten wirtschaftswissenschaftlichen Irrtümer, der sich in den letzten Jahren durchgesetzt hat, durch ein Meinungskartell, das wir europaweit haben, aber vor allem auch in Deutschland und in Österreich. Ein Meinungskartell, bestehend aus den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten, aber auch den

Wirtschaftsredaktionen der großen Zeitungen, an denen sich letztendlich auch die Politik orientiert hat, unter völliger Vernachlässigung der antizyklischen Wirtschaftspolitik, also des Keynesianismus, der spätestens noch unter Karl Schiller und Franz-Josef Strauß Ende der 60er-Jahre seine erfolgreiche Wirkung entfalten konnte.

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik hat nicht mehr stattgefunden, vor allem in Deutschland nicht mehr. Laut Statistischem Bundesamt sind die Reallöhne seit 1991 in Deutschland nicht mehr erhöht worden. Deutschland ist Exportweltmeister, nicht deswegen, weil die Produkte aus Deutschland billiger sind als die aus anderen Ländern, sondern ganz einfach, weil sie besser sind. Aber der Export macht eben nur 25 % der Konjunktur aus und 75 % ist Binnenkonjunktur. Und wenn über ein Jahrzehnt hindurch die Löhne gar nicht mehr erhöht werden, und gleichzeitig den Leuten noch durch die Gesundheitspolitik das Geld aus der Tasche gezogen wird, dann kann eben die Binnenkonjunktur nicht anspringen.

Jetzt sag´ ich das nur als Nebenbemerkung: wenn Sie mich fragen, warum wir denn jetzt in Deutschland diesen wirtschaftlichen Aufschwung haben, dann hängt dies nicht mit der Agenda 20-10 zusammen! Lassen Sie sich das ja nicht einreden! Denn die hat eher die Sache verschlimmert, vor allem, was die Nachfragesituation betrifft; es ist ein psychologischer Vorgang. Karl Schiller, Ludwig Erhard haben übereinstimmend gesagt, wirtschaftliches Wachstum ist zu 50 % Psychologie. Das heißt, die Leute haben inzwischen den Eindruck gewonnen, und zwar völlig zu recht und wahrscheinlich auch in Österreich, daß diese neue Koalition, diese neue Regierung sich vor allem dadurch auszeichnet, daß sie relativ wenig macht. Nicht, daß sie vor sich hindämmert, aber daß sie nicht jede Woche mit irgendeiner Schreckensnachricht für die Leute, den Menschen noch mehr Angst verursacht, als sie ohnehin schon haben, was die Zukunftssicherung betrifft.

Die reale Situation kann man an der Diskussion verfolgen, die wir zum Beispiel in der Familienpolitik führen: Ein 26jähriger, der eine Familie gründen will oder eine 26jährige, die auch eine Familie gründen will, deren berufliche Perspektive besteht durch diese Deregulierung des Arbeitsmarktes in Deutschland auf jeden Fall zu einem großen Teil wie für viele junge Menschen in befristeten Arbeitsverträgen, Teilzeitjobs, Leiharbeitsverhältnissen, 1-Euro-Jobs, 400-Euro-Jobs, Ich-AGs, dann wieder Arbeitslosigkeit; so wird ja den Leuten die berufliche Welt von morgen geschildert.

Diese jungen Leute, die verlieren nicht die Lust auf Sex, aber die Lust auf Kinder. Niemand wird in einer solchen Zukunftsperspektive gerne Kinder auf die Welt bringen. Wir müssen also die ökonomischen Zusammenhänge sehen, die die Ursachen sind für die Demographie. Es ist nicht so, wie uns dauernd eingeredet wird, daß der Sozialstaat die Probleme für die Ökonomie verursacht; das wird ja dauernd gesagt. Sondern es ist umgekehrt! Die Ökonomie, die falsche ökonomische Entwicklung bedroht eine gerechte soziale Ordnung! Dies ist zumeist sehr leicht erkennbar, auch in der ganzen Debatte um den demographischen Wandel.

Es sind ökonomische Fragen: Ob wir in 20 oder 30 Jahren ein Problem mit der Demographie haben, hängt nicht davon ab, wieviele Kinder die Deutschen oder die

Österreicher haben werden – da gibt es noch andere Komponenten –, sondern hängt davon ab, ob in 20 oder 30 Jahren genügend Arbeitsplätze vorhanden sind. Und wenn diese Arbeitsplätze da sind, ökonomisch möglich sind, dann werden auch die Leute da sein. Entweder, daß die Alten länger arbeiten, oder daß die Frauenerwerbsquote größer wird.

In Deutschland sind nur 69 % der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren auch tatsächlich erwerbstätig! In der Schweiz sind 90 % der erwerbsfähigen Männer auch tatsächlich erwerbstätig. Wir haben 38 Millionen Erwerbstätige in Deutschland. Wenn Sie sich vorstellen, wir hätten 4 Millionen mehr, die alle Sozialversicherungsbeiträge bezahlen würden, dann würden wir über die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems in Deutschland gar nicht reden!

Natürlich ist die Demographie ein langfristiges Problem, aber die Leute, die 2030 in den Arbeitsprozeß eintreten, die sind heute noch gar nicht geboren, die gibt es noch gar nicht! Und warum soll in einem Land wie Deutschland durch eine vernünftige Politik, die den Leuten wieder eine Zukunftsperspektive bietet, mit einer vernünftigen Familienpolitik und mit den Maßnahmen, die ich gerade nur angedeutet hab, ich nicht eine Entwicklung bekommen können wie in Frankreich, wo schon die familienpolitische Situation und auch die Frage der zukünftigen Arbeitskräfte eben anders beantwortet werden als in einer Gesellschaft, in dem der Mensch reduziert wird zu einem Kostenfaktor.

Die Ökonomisierung der gesamten Politik, auch der Gesellschaftspolitik, ist eine der Hauptursachen für das Mißtrauen, für die Politikverdrossenheit, für die Perspektivenlosigkeit, die die Menschen haben. Es geht nicht darum, den Globalisierungsprozeß wieder rückgängig zu machen. Die eigentliche Aufgabe besteht darin, diesen unaufhaltsamen Prozeß der Globalisierung zu humanisieren! Das ist die eigentliche Aufgabe. Und wenn man dies sich vor Augen hält, dann kann man auch leicht erkennen, daß eben die umgekehrte Wirtschaftsideo­logie – die im Grunde genommen einen zentralen ethischen Fehler macht, indem sie nämlich die Kapitalinteressen verabsolutiert – das Gegenteil bewirken wird.

Das Kapital ist ja nicht unwichtig, ganz im Gegenteil, man kann gar nicht genug davon haben, aber es ist eben nicht alleinentscheidend, das wissen wir im übrigen auch aus einer 2000jährigen Zivilisation. Das Evangelium hat ja das Kapital nicht abgeschafft, aber entwertet, in die richtige Ordnung gebracht. Das Kapital hat den Menschen zu dienen und nicht die Menschen zu beherrschen! Aber heute ist es genau umgekehrt: Das Kapital beherrscht die Menschen und die Menschen haben den Kapitalinteressen zu dienen.

Und das erleben die Menschen jeden Tag, fast jeden Tag aus der Lektüre der Zeitung, aus dem Fernsehen. Wir haben gestern wieder Megazusammenschlüsse von Banken erlebt: Barclays mit der Niederländischen Bank; das größte Merching, das überhaupt je im Bankenbereich stattgefunden hat.

Kleine Firmen wie Kadus im Südschwarzwald in Lenzkirch, Firmen, die schwarze Zahlen schreiben, wie unser Wella-Konzern, wurden aufgekauft von einer großen amerikanischen Firma [Procter & Gamble]: Aus Marktber­einigungsgründen hat ein Vorstand in Cincinnati die Fabrik in Lenzkirch im Südschwarzwald

dichtgemacht, stehen plötzlich Hunderte von Leuten auf der Straße und wissen gar nicht, warum, denn sie haben prima gearbeitet.

Und dann werden sie in Deutschland nach einem Jahr Arbeitslosengeld, auch wenn sie 30 Jahre gearbeitet haben, Steuern, Beiträge gezahlt haben, Kinder großgezogen haben, auf die unterste Stufe der Sozialleiter geschoben: sie bekommen Hartz IV (345 Euro), und sie bekommen dieses Geld erst dann, wenn sie vorher fast alles versilbert haben, was sie für sich und ihre Familie erarbeitet haben. Sie werden behandelt, als ob sie nie einen Hammer in der Hand gehabt hätten. Diese Menschen werden in ihrer Menschenwürde zerstört. Das heißt, das ethische Fundament wird kaputtgemacht durch eine solche Sozialpolitik.

Was ist mit Mannesmann-Vodafone? Wo sind die Leute geblieben von Mannesmann? Man hat immer gesagt, das sei die Rettung, aber: Mannesmann hatte schwarze Zahlen geschrieben. – Rhône-Poulenc Hoechst: Wo ist Hoechst geblieben? Eine der größten deutschen Weltfirmen! Filettiert! Auseinandergenommen! Aventis ist entstanden. Und dann nochmal Merching mit Sanofi.

Sie können die Beispiele fortsetzen: Continental Hannover, AEG Nürnberg, Aluminium Hamburg, alle Firmen, die positiv gearbeitet haben. Die Aufzugsfirma OTIS, die deutsche Weltfirma Grohe, aufgekauft von einem amerikanischen Finanzinvestor, Texas Brothers Company für 1,8 Mrd. Euro, davon 600 Mio. Eigenkapital, 1,2 Mrd. geliehen, Kredite auf dem Weltmarkt. Der Kapitaldienst mußte aus der Firma heraus erwirtschaftet werden und aus einer kerngesunden deutschen Firma ist ein Sanierungsfall geworden und Tausende von Leuten haben ihren Job verloren. Die Kapitalinteressen dominieren. Eine „wirtschaftliche Ordnung“ – in Anführungsstrichen –, ein System, das sich selber so definiert, durch konkludentes Handeln, daß der Börsenwert eines Unternehmens umso höher steigt, je mehr Leute wegrationalisiert werden, ein solches Wirtschaftssystem wird von den Menschen als unsittlich empfunden und ist darüber hinaus auch ökonomisch falsch und nicht konsensfähig.

Ich habe als Generalsekretär der CDU im Jahre 1979 der Noelle-Neumann von Allensbach den Auftrag gegeben, eine Umfrage zu machen; die formulieren immer Sätze: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch mir gut.“ Das wurde abgefragt. Damals haben über 80 % der Menschen gesagt: der Satz ist richtig, okay, der stimmt. – Heute sagen das nur noch 17 % ! Das heißt, 83 % haben kein Vertrauen mehr in die Wirtschaftsordnung. Wir müssen uns klarmachen, was das bedeutet! Auch europäisch, international! Es bedeutet, daß eine Säule der politischen Stabilität, nämlich die Marktwirtschaft, der Sozialstaat und die Demokratie, wegbricht. Wenn eine Säule wegbricht, dann wird das ganze politische System instabil. Das ist die dramatische Situation, in der wir uns befinden.

Was ist die Lösung? Ich überspringe das, was an Zwischenschritten noch global gesagt werden müßte. Das, was ich hier in einem Bereich, der wirtschaftlich ja ganz vorne steht, von Deutschland und Österreich sage, mit den beginnenden Verwerfungen, gilt natürlich global in einem noch größeren Umfange. Diese Shareholder-Value-Philosophie hat ja dazu geführt, daß wir einen börsentäglichen

Umsatz haben von 2 Billionen Dollar. Das reicht gar nicht, sondern innerhalb dieser 24 Stunden werden nochmal Hunderte von Milliarden hin- und hergeschoben, um hundertstel Prozentpunkte Gewinne herauszuschinden, die dann – man sollte es nicht glauben – mitten in Europa in Off-shore-Centers steuerfrei angelegt werden, in Liechtenstein, Schweiz, Kanalinseln, aber auch auf den Bermudas oder den Cayman-Inseln, um dann am andern Tag in dieses „Global Gambling“ mit Derivaten und mit Devisen eingespeist zu werden. Dadurch ist eine Finanzindustrie in der Größenordnung von 120 Billionen Dollar entstanden, wie McKinsey schätzt, der aber als reale ökonomische Wertschöpfung ein Weltbruttoinlandsprodukt von nur 45 Billionen gegenübersteht, und alles andere, 70 Billionen Dollar sind spekulative Blase. Bloß damit wir wissen, auf welchem Boden der Welt Wirtschaftspolitik betrieben wird!

Daß hier eine Reform dringend notwendig ist, daß wir ein anderes Wirtschaftssystem brauchen, daß unser Problem darin begründet ist, daß das System falsch ist, dieses System des Shareholder Value. Ein System der alleinigen Durchsetzung der Kapitalinteressen, das über Leichen geht, über die Menschen hinweggeht, Millionen von Menschen unter die Räder kommen, Hunderte von Millionen auf der ganzen Erde, von Indonesien, Bangladesch bis Algerien, wo der islamische Fundamentalismus eine explosive Sprengkraft aus dieser sozialen Situation bezieht.

Wenn man dies weiß, dann ist es die größte Aufgabe der Europäer, vor allem auch der politischen Parteien, in Deutschland aber auch in Österreich, der christlichen Demokraten aber auch der Sozialdemokraten, das zu machen, was vor 60 Jahren unsere Väter und Großväter und Mütter und Großmütter mit der sozialen Marktwirtschaft geschaffen haben, nur jetzt global: Eine neue Wirtschaftsphilosophie mit einer Humanisierung des globalen Prozesses, wenn Sie so wollen. Eine internationale soziale Marktwirtschaft, die Übertragung des europäischen Gesellschaftsmodells, das lange, lange Jahre funktioniert hat und allgemeinen Wohlstand produziert hat, zu übertragen auf die globale Situation. Das ist die eigentliche Aufgabe.

Die Elemente sind klar: Was wir brauchen, ist ein Konzept, ein Konzept, das natürlich bestimmte Regeln beinhaltet, von der Bankenaufsicht angefangen bis zur Einführung einer internationalen Börsenspekulationssteuer, einer Demokratisierung der großen Weltorganisationen, von der Weltbank bis zur WTO, um nur einige wenige Beispiele zu nennen; internationale Vereinbarungen multilateral, G7-Staaten, G8-Staaten, unter Einbeziehung der Chinesen und der Inder, das ist die Vision der Zukunft.

Und wenn Sie sagen, das ist ja völlig unmöglich, das wird nie passieren, dann sage ich Ihnen das Gegenteil: es gibt dazu keine vernünftige Alternative. Es gibt dazu keine Alternative! Und wenn wir beieinander gewesen wären hier in Wien im Jahre 1988 und ich hätte Ihnen gesagt, also zehn Jahre später sind Polen und Tschechien und Ungarn Mitglieder der Nato? Ja, hätt' ich's in Cottbus gesagt, da wär' ich in Bautzen gelandet, und hätt' ich's hier in Wien gesagt, ich weiß nicht, wo die nächste Psychiatrie ist, nicht wahr, wär' ich da gelandet, nicht, und weil die

Leute gesagt haben, der hat einen Hau: innerhalb eines Jahrzehnts ist es Realität geworden....

Wir haben gar nicht soviel Zeit, um darauf zu warten, bis sich etwas von selber einstellt, sondern die Zukunft muß gestaltet werden. Aber die Voraussetzung ist, daß wir ein Konzept haben! Und daß es politische Parteien gibt, die sich dieses Konzept zu eigen machen. Die soziale Marktwirtschaft ist 1947 im Zonen-Wirtschaftsrat mit e i n e r Stimme Mehrheit durchgesetzt worden. Das ist fast schiefgegangen! Aber die Leute hatten ein Konzept. Und sie haben gekämpft, sie haben eine Mehrheit bekommen, und dadurch haben sie auch die Welt zum Positiven verändert, zumindest in Europa, in unseren Ländern. Und dasselbe müssen wir heute global machen.

Das ist unsere Verantwortung und dann werden die Menschen auch wieder die Zuversicht bekommen, auch in Europa, die es ihnen möglich macht, auch ihren Kindern eine Zukunft zuzusagen, die wir eine humane Zukunft nennen können.

Vielen Dank.

Heiner Geißler (*1930) ist christlich-sozialer Politiker auch im besten Sinne des Wortes. 1949-1952 Mitglied des Jesuitenordens. 1960-1962 als Richter tätig. 1967-1977 Sozialminister. 1977-1989 Generalsekretär der CDU. 1982-1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Autor zahlreicher Sachbücher. Wenige Wochen nach seinem Wiener Vortrag trat er dem globalisierungskritischen Bündnis „Attac“ bei.